

KULTURPOLITISCHE KORRESPONDENZ

BERICHTE MEINUNGEN DOKUMENTE



INHALT

Dorothee M. Goetze

Selbstbewusste Selbstermächtigung
Vor 100 Jahren Ausgang der Esten aus der Unmündigkeit 3

Wolf Oschlies

Sich in die leere Tasche lügen
Wahrnehmungsverweigerung per Statistik in Russland 5

Jörg Bernhard Bilke

„Mit meinem Pferd konnte ich Deutsch reden“
Zum Tod August Roßigs, eines der letzten Ostpreußen in Ostpreußen 8

Barbara Kämpfert

Wissen schafft
Hans-Jürgen Schuch hat es gelebt 11

Ernst Gierlich

Verbot der Vereinfachung
Podiumsdiskussion zur Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung 13

Markus Bauer

„In der Mitte Europas“ – doch wo ist sie?
Das 27. Brünner Symposium fragt danach 15

Manfred E. Fritsche

Neue Struktur für die Infrastruktur
In Preußisch Stargard/Starogard Gdanski arbeitet man daran 17

BÜCHER MEDIEN VERANSTALTUNGEN

Ostpommern – Külzer Hefte (*Elsbeth Vahlefeld*) 19
Haas: Wortfisch (*Anneliese Merkel*) 20
Jäschke: Vertriebenenjugend (*Norbert Matern*) 21
„Blickwechsel“ 22
Schlesisches Museum zu Görlitz (*Dieter Göllner*) 22

LITERATUR UND KUNST

Klaus Weigelt

Häftling 7188 oder Die Barmherzigkeit der Steine
Ernst Wiecherts Zeugnis über das Konzentrationslager 24

„Unerkennbarkeit, die uns gehört“

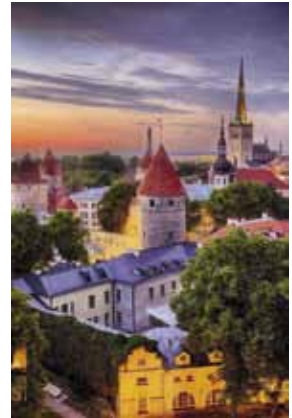
Ostgalizien aus der Sicht Jason Franciscos in Düsseldorf 28

Fragen mit dem Fotoapparat

Ausstellung des Corinth-Preisträgers Roman Ondak in Regensburg 29

KK-NOTIZBUCH

31



*Fast verwunschen sieht
Reval/Tallinn im Abendlicht
aus, feiert allerdings in die-
sem Jahr ein höchst reales
historisches Jubiläum*

Bild: Wikimedia Commons

Selbstbewusste Selbstermächtigung

Mit einem „Manifest“ fanden die Esten vor 100 Jahren den Ausgang aus politischer und nationaler Unmündigkeit

Als Gründungstag der Republik Estland gilt der 24. Februar 1918, der auch der Nationalfeiertag ist. Zentrales historisches Dokument ist das „Manifest an alle Völker Estlands“, in dem es heißt: „Estland wird in seinen historischen und ethnographischen Grenzen von heute an zu einer unabhängigen demokratischen Republik erklärt.“

Das „Manifest“ wurde in den Tagen um den 24. Juni an verschiedenen Orten des Landes verkündet, die Verlesung vom Balkon des Endla-Theaters in Pernau/Pärnu am

Abend des 23. Juni ist das bekannteste Ereignis. In Tallinn/Reval wurde das Manifest an vielen Stellen ausgehängt und in der Ausgabe der estnischen Zeitung „Päewaleht“ („Tageblatt“) am 25. Februar veröffentlicht.

Das gedruckte und verlesene Manifest markiert das Ende einer langen Durststrecke der Esten ohne eigenen Staat und den Anfang in der Existenz als staatstragendes Volk. Die Eigenstaatlichkeit, die Unabhängigkeit und die Freiheit Estlands standen



Auf dem Meer wie in der Geschichte ein bewegtes Bild zu Wasser und in der Luft, einzig die Silhouette Revals verspricht eine filigran-fragile Stabilität:

Gemälde von Iwan Konstantinowitsch Aiwasowski

Bild: Wikimedia Commons



Freiheit in Fraktur: Ausschnitt der Titelseite der Zeitung „Päewaleht“, Reval/Tallinn 25. Februar 1918, mit dem Manifest, Redaktion Reval/Tallinn (Archivsignatur: DSHI 140 Balt 487) Bild: Herder-Institut, Marburg

seitdem auf der Agenda der europäischen Politik.

Nach der Eroberung und Christianisierung ihrer Siedlungsgebiete im 13. Jahrhundert gerieten die estnischen Stämme allmählich in immer stärkere persönliche Unfreiheit, die im 18. Jahrhundert in der Leibeigenschaft ihren Höhepunkt erreichte. Durch die Ideen der Aufklärung, vor allem der von Johann Gottfried Herder geprägten Aufklärung, erlebten Esten und andere Völker des Baltikums eine neue Wertschätzung ihrer Sprache und Volksüberlieferung und bald auch die Aufhebung der Leibeigenschaft.

Ein neues Bewusstsein von sich selbst, von der Bedeutung der eigenen Sprache, die Rückgewinnung persönlicher Freiheit, langsamer wirtschaftlicher Aufstieg breiter Schichten förderten die nationale Wiedergeburt und die Ausformung des estnischen Volkes zu einer modernen Nation mit eigener Führungsschicht, die

zunehmend auch Teilhabe am politischen Leben beanspruchte. So kam es nicht allein zur Gründung kultureller Vereinigungen, sondern auch zur Bildung estnischer politischer Gruppierungen und Parteien. Allmählich war die politische Bewegung der Esten in der Lage, sich gegen die deutsche Oberschicht (Städtebürgertum und Adel) zu behaupten und durchzusetzen und so zur Umgestaltung der seit dem Mittelalter überkommenen Ordnung beizutragen.

Wie oft im östlichen Mitteleuropa wirkte der Erste Weltkrieg auch im Baltikum wie ein Ferment: Ideen und Bewegungen, die lange vor 1914 aufgekommen waren, erfuhren auch im Hinblick auf Lettland und Litauen eine derartige Dynamik, dass binnen weniger Jahre möglich wurde, was sonst noch eine längere Entwicklung erfordert hätte. So kam es nach der Februarrevolution 1917 zur Bildung eines neuen russischen Governements „Estland“, das nicht mehr den Grenzen der historischen Territorien

folgte, sondern sich am Sprachgebiet der estnischen Mehrheitsnation orientierte. Es gab einen gewählten Landtag und eine eigene Gouvernementsregierung unter estnischer Führung, aber unter Aufsicht der Petrograder Provisorischen Regierung. Vor Abschluss des Friedensvertrags in Brest-Litowsk besetzten reichsdeutsche Truppen im Februar 1918 die bisher noch russischen Gebiete des Baltikums. Zwischen dem Abzug der (sowjet-)russischen und der Ankunft der deutschen Truppen in Reval/Tallinn am 25. Februar nutzten die politischen Repräsentanten der Esten die Chance, ihren eigenen Staat zu proklamieren.

Die Zeit war reif zu einem solchen Schritt der nationalen Selbstbestimmung des Mehrheitsvolkes, und der Zeitpunkt der Loslösung aus dem Russischen Staatsverband erschien günstig. Der Anspruch des estnischen Volkes war unzweideutig

manifest, auch wenn die deutschen Besatzungsbehörden diesen ignorierten und die provisorische estnische Regierung unter Konstantin Päts nicht anerkannten. Dies änderte sich erst im November 1918 mit der militärischen Niederlage Deutschlands. Es kam die Stunde derer, die im Februar das Manifest veröffentlicht hatten: Die provisorische estnische Regierung unter Päts übernahm die Verwaltung des Landes, doch dauerte es noch bis zum Friedensvertrag von Dorpat/Tartu am 20. Februar 1920, ehe Estland in auch von Sowjetrussland anerkannten eigenen Grenzen leben konnte.

Welche Wege dem Land und seinen Menschen auch beschieden waren, die Idee der Eigenstaatlichkeit und der Wille zur Unabhängigkeit des estnischen Volkes hat sich über alle so mannigfaltigen Gefährdungen des 20. Jahrhunderts hinweg als lebendig erwiesen.

Dorothee M. Goeze (KK)

Sich in die leere Tasche lügen

Die sozialistische Tradition der Wahrnehmungsverweigerung per Statistik feiert in Russland fröhliche Urständ

Bis zum Ende des Kommunismus hat in Osteuropa keine Volkszählung glaubwürdige Resultate erbracht. Die Regimes hatten einfach zu viel zu verstecken, etwa die Vertreibung von Millionen Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien. Hinzu kamen eigene Kriegstote, Gefallene, Pogromopfer, chronisch hohe Suizidzahlen, Partisanen, Verluste im nationalen Widerstand (z. B. polnische „Heimarmee“), stalinistischer Terror nach 1945, obstruktive Minderheiten (Albaner in Serbien und im Kosovo, die Volkszählungen grundsätzlich boykottierten) etc. Regionale Spezifika machten Volkszählungen vollends unmöglich: In der DDR wurde 1950, 1964, 1971 und 1981

gezählt, aber quantitativer Aufschluss war unmöglich. Da sind von 1949 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 2 686 942 Menschen geflohen, bis 1989 nochmals über 300 000. Zweitens existierte in der DDR der „X-Bereich“ – Armee, Stasi, Polizei, Feuerwehr, Zoll, Grenzer etc., zusammen über 715 000 Angehörige –, der nie mitgezählt werden durfte. Auch wies die DDR die höchsten Selbstmordraten der Welt auf, was ab 1964 verschwiegen wurde. Für 1991 war eine gesamtdeutsche Zählung geplant, die an demoskopischen Altlasten aus SED-Zeiten scheiterte.

Überboten wird das alles vom Statistik-Alltag der Russen, bei denen Volkszählun-



Militärparade in Moskau: Nicht nur ein zum Autismus neigendes Regime, das in derlei Grotesken Selbstbestätigung sucht, ...

Bilder: Wikimedia Commons

gen nie von Wert waren. Die Zaren zählten nur „dymy“ (Feuerstellen, also Häuser), um die Steuern zu erhöhen, kommunistische Zählungen waren politischer Selbstbetrug. Das wird erneut am 31. Oktober 2020 deutlich werden. Dann endet die „Allrussische Volkszählung“, vor der Premier Dmitrij Medwedjew seit Anfang Juli 2017 bange ist. Anderenfalls hätte er nicht für Oktober 2018 eine „Probe-Volkszählung“ mit 550 000 Teilnehmern angeordnet, bei 147 Millionen Einwohnern insgesamt (Stand Januar 2018). Dagegen regte sich Volkszorn: „Brauchen wir Nachhilfe im Zählen?“

Die Russen nicht, wohl aber ihre „Führer“, beginnend mit Stalin 1937. Ausgerechnet in seinem schlimmsten Terrorjahr 1937 wollte er per Volkszählung das „machtvolle Voranschreiten der Industrialisierung“ beweisen. Heraus kam die Auflistung dutzendfacher demoskopischer Millionenverluste durch „roten Terror, Entkulakisierung (Enteignung), Emigration und stalinistische Säuberungen“. 50 Prozent der Städter und

70 Prozent der Dörfler deklarierten sich als treue Christen. Das war zu viel: Stalin ließ die Zählungsergebnisse im Geheimarchiv verschwinden. Er hätte den Dichter Lew Tolstoj lesen sollen, der die Volkszählung von 1882 kommentierte: „Ob man will oder nicht: Eine Volkszählung zeigt die Gesellschaft wie in einem Spiegel.“

Die erste sowjetische Volkszählung nach dem Krieg erfolgte 1959, sechs Jahre nach Stalins Tod. Schon im Februar 1956 hatte der 20. Parteitag der KPdSU die „Entstalinisierung“ gestartet, die erstmals auch Stalins Terror erwähnt, laut Stalin-Biograph Boris Suvarin 100 Millionen Opfer. Diese Zahl haben wir in der KK bereits am 25. Juli 2017 erwähnt, jetzt liefern wir einige Details nach, etwa Stalins mörderische Aktion gegen die Rote Armee mit 200 000 Hingerichteten. Daraus resultierten die immensen Verluste der Armee zu Beginn von Hitlers „Feldzug“: 4,6 Millionen Sowjetsoldaten gerieten in deutsche Gefangenschaft, die von Stalin per Befehl vom 16. August 1941

als „Deserteure“ verdammt und mit Tod und Sippenhaft bestraft wurden. Hat Stalin „Wort gehalten“? In Ostdeutschland gibt es viele russische Soldatenfriedhöfe, die zu erhalten sich das wiedervereinigte Deutschland im Dezember 1992 vertraglich verpflichtete. Gilt diese Verpflichtung auch für die arg verwitterten Daten der Bestatteten, oder will man Rückschlüsse aus dem Umstand vermeiden, dass erschreckend viele Rotarmisten erst Monate nach Kriegsende ums Leben kamen?

Welche zu verbergenden „Überraschungen“ stehen bei der Volkszählung von 2020 und ihrer „Probe“ von 2018 zu erwarten? Schon jetzt registrieren Russen zähneknirschend, dass man in den „neuen EU-Ländern“, ehemals Warschauer-Pakt-Satrapen, weit besser und länger lebt. Und die Demoskopie offenbart weitere schmerzliche Details: Die Lebenserwartung von Männern betrug 2015 57,7 Jahre (69,3 in Deutschland), 66,0 bei Frauen (71,9). Dabei gilt selbst jene Regel aus Stalins

Zeiten nicht mehr, dass hohe Sterblichkeit durch hohe Natalität ausgeglichen wird. Gegenwärtig geht die Geburtenrate (mit temporären Unterbrechungen) ständig zurück (2015: 0,1 Prozent, 2016: 2,7 Prozent). Bis 2030 wird Russland 10 Millionen Mitbürger im arbeitsfähigen Alter (20–40 Jahre) verlieren. Der kluge Aleksej Kudrin, Ex-Finanzminister Russlands, rechnet mit noch höheren Verlusten („bis zu einer Million Menschen pro Jahr“) und verlangt von den Machthabern höhere Investitionen im Gesundheitsschutz.

Daraus wird nichts werden: Mit nur 3,4 BIP-Prozent für Gesundheit landete Russland unter 20 Vergleichsländern auf dem letzten Platz, selbst von der Türkei (4,7 Prozent) noch überholt. Laut Leonid Roschal, Chef der Russischen Ärztekammer, wendet Russland pro Patient fünfzehnmal weniger als etwa Deutschland und Frankreich auf. Diese Misere ist Putin bekannt, der ein „Paket demographischer Maßnahmen“ schnürte, es aber nicht expedieren kann.



... sondern auch eine ebensowenig um Klarheit bemühte internationale Öffentlichkeit ist für Klischees und Verharmlosungen dankbar, je pittoresker, desto besser: Matroschkaparade ebenda

Russland blickt in eine düstere Zukunft. Umfragen vom Jahresende 2017 verrieten, dass 60 Prozent aller Russen unter „Preisanstieg, Inflation und Senkung der Realeinkommen“ leiden. Bei 46 Prozent „reicht das Geld nur fürs Notwendigste“, 67 Prozent „erwarten keine Verbesserung in naher Zukunft“. Berufstätige will Putin drei Jahre später in Rente entlassen. Die Zahl russischer Armer, die weniger als das offizielle Mindesteinkommen kriegen, beträgt nicht 12 Millionen, wie offiziell verlautet, sondern 30 Millionen, wie Wasilij Simtschera, vormals Chef des Staatlichen Statistikamts, errechnete.

Die klassischen „Geißeln“ russischen Lebens, Wodka und Unfälle, haben mit Aids Zuwachs bekommen. Hinter Südafrika und Nigeria nimmt Russland weltweit den dritten Platz bei Aids-Infizierungen ein. Umfragen von Ende November 2017 brachten abenteuerliche Vorstellungen von Aids und Aids-Ansteckung zutage, z. B. sie sei „ein erfundenes Problem und keine reale Bedrohung für das Land“. Dass Russland als Gastgeber der Fußball-WM 2018 Präventionsmaßnahmen verfügen soll, wird vielfach als „Diskriminierung“ abgelehnt. Weitere „Bedrohungen“, etwa die 450 000

Drogentoten pro Jahr (bei insgesamt 4 Millionen Junkies) werden überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Da kann Gesundheitsministerin Veronika Skworzowa noch so viele Warnungen aussprechen. Ähnlich verhält es sich mit Hepatitis B und C (Verdoppelung seit 2007), aber diese Infektionen grassieren vor allem in Haftanstalten, was den Russen „draußen“ egal ist.

Das russische Wirtschaftsministerium drängt seit Jahren auf die Volkszählung 2020, wohl in der Hoffnung, dass deren Fragen klüger als die ihrer Vorgängerin 1989 sind. Die umging die bereits unverkennbare zentrifugale Wucht der Unionsrepubliken, die im Dezember 1991 in der Zerschlagung der Sowjetunion gipfelte. Diese hat Putin 2004 als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet. Ist der Präsident erneut blind gegenüber augenfälligen Krisen? Am bevorstehenden Zensus scheinen ihn nur technische Details zu interessieren. Im März 2017 signierte er ein „Föderalgesetz“, dass „für die Volkszählung auch die Nutzung des Internets zulässig ist“. Stieg darum deren Budget gegenüber der von 2010 um das Dreifache auf 50 Milliarden Rubel (= 725 Millionen Euro)?

Wolf Oschlies (KK)

„Mit meinem Pferd konnte ich Deutsch sprechen“

Zum Tod August Roßigs, eines der letzten Ostpreußen in Ostpreußen

In allen Ostgebieten des Deutschen Reiches, die 1945 polnischer Verwaltung unterstellt wurden, blieben Hunderttausende von Einheimischen zurück, die entweder die Flucht vor der Roten Armee nicht angetreten hatten oder aber unterwegs wieder umkehrten, weil der Winter zu streng war und die Flucht zu gefährlich. Der überwiegende Teil dieser Deutschen wurde in den Jahren 1946/48 ausgesiedelt oder vertrieben, ein kleiner Teil, der, freiwillig oder gezwungen,

für den polnischen Nachkriegsstaat optiert hatte, durfte bleiben. Im ersten Band der Buchreihe „Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven“ (Verlag Herder-Institut, Marburg 2000), der mit 728 Seiten der heutigen Wojewodschaft Allenstein (Ermland und Masuren) gewidmet ist, kann man nachlesen, dass es dort 1945 noch 145 573 Deutsche gab, die im Sommer und Herbst als Erntehelfer eingesetzt wurden.



*„Diese Erde ist alles, was ich habe.“ Wem das abgeschmackt klingt, der bedenke:
Es gibt Menschen, die nicht vorher gelesen haben, was sie sagen*

Bild: Archiv

Unter den Deutschen, die 1945 in ihrer Heimat blieben und in den Folgejahren nicht ausgesiedelt wurden, war auch der Landwirt August Roszig, geboren 1928 im Dorf Kotzargen bei Rastenburg, der am 10. Oktober 2017, im 89. Lebensjahr, auf dem Bauernhof seiner Eltern verstorben ist. Sein Schicksal steht für das Hundertert Ostpreußen, die auch nach dem Krieg dort blieben, wo sie geboren und aufgewachsen waren. Wer ihn einmal auf den Tagungen der Masurischen Gesellschaft in Sensburg oder Kruttinnen erlebt hat, war begeistert über das breite Ostpreußisch, das er bis ins hohe Alter sprach und wofür er von den in Westdeutschland lebenden Ostpreußen, die nach Masuren reisten, bewundert wurde.

Als am 15. Januar 1945 die Einberufung zur Wehrmacht erfolgte, war August Roßig gerade 16 Jahre alt. Die Reise von Sensburg nach Plock an der Weichsel, wo er sich melden sollte, dauerte drei Tage. Nun begann eine Irrfahrt durch das vor der Niederlage

stehende Deutschland, die ihn über Thorn, Bromberg, Berlin, den Harz, Sachsen in russische Kriegsgefangenschaft führte, aus der er fliehen konnte. Sein einziges Ziel war, unversehrt heimzukehren nach Kotzargen, wofür er zwei Wochen brauchte, am 10. Juni 1945 traf er dort ein.

Er erkannte sein Dorf kaum wieder. Seine Mutter, von der er erfuhr, dass seine Schwestern Helena und Irmgard nach Sibirien verschleppt worden waren, versteckte ihn vorerst in einem Vorratsraum, vor dessen Tür sie einen Schrank schob. Später erfuhr er, dass Schwester Irmgard im Sommer 1945 aus dem Lager entlassen worden war und bei Tante Greta in Berlin lebte. Auf dem Hof lebten jetzt seine Eltern, Bruder Gerhard und er. Dieser kleine Bauernhof war, so schrieb er in der „Masurischen Storchepost“ 2008, „meine ganze Welt“. Als er sein Versteck verlassen konnte, waren Haus, Scheunen und Ställe geplündert, die Tiere bis auf eine Kuh von den Soldaten der Roten Armee weggetrieben worden. Sie

schlachteten auch noch das letzte Schwein, wobei August Roßigs Vater auf dem Klavier Begleitmusik spielen musste.

Fast alle Höfe wurden im Nachkriegssommer 1945 von Frauen geführt. Die Männer waren entweder gefallen oder noch in Gefangenschaft. Die im Dorf Kotzargen, das bald in Koczarki umbenannt werden sollte, wohnenden Russen hatten die Einwohner vor Plünderern zu schützen, die bewaffnet durchs Land zogen. Als die Roßigs ihre Felder fast umgepflügt hatten, wurde die Zugmaschine von den Russen beschlagnahmt. Als das Getreide, das man gesät hatte, im Sommer eingefahren war, wurde es wiederum beschlagnahmt.

Vor den ostpreußischen Bauern standen ein harter Winter und der nackte Hunger. Mit einer russischen Beutewaffe ging August Roßig zum Wildern in die umliegenden Wälder. Mit Milch von ihrer einzigen Kuh, mit Honig, den es reichlich gab, und gewildertem Fleisch überstanden sie die Hungerwochen bis zum Frühjahr 1946. Irgendwo in einem Nachbardorf fand August Roßig dann einen zerstörten Traktor, den er abschleppen ließ und reparieren konnte. Damit konnte er anderen Bauern bei der Feldarbeit helfen und machte sich unentbehrlich. Wären da nicht die Plünderer gewesen, die immer wieder die Dörfer heimsuchten und die Bauern ausraubten, wäre es schneller aufwärtsgegangen.

Als die Bauernfamilie wieder Kühe, Pferde, Ferkel und Geflügel im Stall hatte, wurde der Hof noch einmal ausgeraubt. August Roßig, der sich verteidigte, wurde mit dem Gewehrkolben niedergeschlagen. Später im Jahr 1946 wurden die Rinder beschlagnahmt. Ohne Kühe aber hätten die Bauern, die alle bis auf eine polnische Familie Ostpreußen waren, nicht überleben können. Darauf wurde ihnen gesagt, wer die polnische Staatsangehörigkeit annehme, der bekomme seine Kuh zurück. Selbstverständlich beugten sich alle der offenkundigen Erpressung.

Da August Roßig Waffen zur Selbstverteidigung besaß, wurde er „wegen bewaffneten Widerstands gegen die neue Regierung“ zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Von 1952 bis 1956, bis Wladyslaw Gomulka in Warschau Vorsitzender der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei wurde und eine Amnestie erließ, saß er in Wartenburg bei Allenstein im Gefängnis.

In den Jahren 1956/57 reisten einige ostpreußische Bauernfamilien nach Deutschland aus, er aber blieb: „Diese Erde ist alles, was ich hatte und habe, was ich am meisten liebte. Es ist mein väterliches Erbe, das ich hüten werde bis ans Ende meiner Tage ... Unter den neuen Nachbarn habe ich viele sehr anständige Menschen getroffen. In schwierigen Zeiten standen sie mit Rat und uneigennütziger Hilfe bei. Ich denke, dass ich die Achtung, der ich mich unter den Nachbarn erfreue, mit schwerer, solider Arbeit errungen habe und auch damit, dass ich mich in die neue Heimat hineingefunden und nicht die Erde meiner Väter verlassen habe“, sagte August Roßig 2008.

Zur Trauerfeier für August Roßig nach Kotzargen kamen Hunderte von Freunden und Bekannten, Deutsche und Polen aus der Umgebung, aber auch von fern, von denen nur ein geringer Teil Platz in der evangelischen Kapelle fand.

In seinem Nachruf im Oktoberheft 2017 der „Masurischen Storchepost“ schrieb Tadeusz S. Willan, der Vorsitzende der Masurischen Gesellschaft, dass August Roßig, wie alle Deutschen in Masuren nach 1945, seine deutsche Muttersprache, die er sehr liebte, in den ersten Nachkriegsjahren nicht sprechen durfte.

Als sich auf einem Treffen der Heimatverbliebenen einige Deutsche beklagten, dass sie deshalb so schlecht Deutsch sprächen, soll er gesagt haben: „Was sagt ihr da? Was heißt verboten? Mit meinem Pferd konnte ich immer Deutsch sprechen.“

Jörg Bernhard Bilke (KK)

Wissen schafft

Hans-Jürgen Schuch hat es gelebt



Dem Ernst der Lage gewachsen sein heißt nicht, über den Dingen stehen, sondern stets mittendrin. Hans-Jürgen Schuch

Bilder: die Autorin

Eigentlich hatte Hans-Jürgen Schuch noch viel zu viele Pläne, als dass er hätte gehen können. So skizzierte er z. B. Mitte Februar vielfältige Vorhaben für das Copernicus-Jubiläum 2023. Und so werden die, die ihn kannten, ihn auch in Erinnerung behalten: stets voller Pläne und Ideen für neue Vorhaben, für Bewahrung von Kulturgut, für Erinnerung an die Geschichte des Weichsellandes und des gesamten deutschen Ostens, für die Kontakte zu den Menschen, die heute dort leben.

Zahllose Ehrenämter im Bereich der Vertriebenenarbeit, der Arbeit für Westpreußen und speziell für seine Heimatstadt Elbing hat er übernommen und über Jahrzehnte ausgefüllt. Ziemlich am Beginn dürfte in den 1950er Jahren seine Mitarbeit in der Bundesgruppe Westpreußen der Deutschen Jugend des Ostens (DJO) gestanden haben, bei der er auf manche Mitstreiter traf, mit denen er über Jahrzehnte zusammen-

arbeitete. Mit Hugo Rasmus an der Spitze wurde 1959 der Verein zur Förderung der westpreußischen Jugend gegründet, der das „Haus Weichselland“ in Meinsen bei Hannover kaufte – Hans-Jürgen Schuch war über 50 Jahre stellvertretender Vorsitzender des Vereins. Seminare von westpreußischen Gruppen fanden dort über Jahrzehnte statt.

Über sechs Jahrzehnte seines Lebens hat er in Nordrhein-Westfalen verbracht, seine Wurzeln jedoch liegen im Weichselland Westpreußen. Am 15. Juni 1930 in Elbing geboren, verlebte er prägende Jugendjahre in der alten Hansestadt. Viel gesprochen hat er über diese frühen Erfahrungen nicht, aber sein Handeln zeigt – die Heimat hat ihn nie losgelassen. Zahlreiche Reisen, die erste wohl schon 1958, führten ihn immer wieder nach Elbing und an die Weichsel. Von seinen dabei gewonnenen Kenntnissen profitierten später andere Teilnehmer ebenso zahlreicher von ihm geführter Busreisen. Mehrere Bücher, zahllose Zeitschriftenartikel, Rundfunkbeiträge und Vorträge, meist mit eigenen Fotos illustriert, zeugen von seinem Wissen über das Land an der Weichsel.

Ehrenämter und Beruf konnte er dabei ideal verbinden. Seit 1959 war er in der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Westpreußen in Lübeck tätig, seit 1963 mit der Übersiedelung nach Münster – in das Gebiet des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe als Pate – als hauptamtlicher Bundesgeschäftsführer. In 36 Jahren unterstützte er sieben Bundessprecher, organisierte Bundestreffen, die in den 1960er Jahren noch von über 30 000 Menschen besucht wurden.

Ehrenamtlich übernahm er etliche Aufgaben für seine Heimatstadt Elbing, gab

die „Elbinger Nachrichten“ heraus, das „Westpreußen-Jahrbuch“ – und betätigte sich gleichzeitig als deren Autor und Redakteur. Die Geschichte seiner Heimat hat ihn so stark beschäftigt, dass er 1961/62 auch Gründungsmitglied der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V. war, einer wissenschaftlichen Vereinigung, in deren Vorstand und als Autor zweier von ihr herausgegebenen Buchreihen er bis zuletzt aktiv mitarbeitete. Sein Einsatz war nicht nur vielfältig, sondern auch über lange Zeit konstant. Über 40 Jahre war er stellvertretender Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen, die von seinen reichhaltigen Kenntnissen auch in ihren ehrenamtlichen Gremien profitieren wollte.

Er gehörte dem Vorstand der Kulturstiftung Westpreußen an, später dem Stiftungsrat. Über sein historisches Interesse gelangte er zum Sammeln von dinglichen Kulturgütern und war einer der Begründer des Westpreußischen Landesmuseums, das im Juli 1975 im Drostenhof zu Münster-Wolbeck eröffnet wurde. Fast natürlich, dass er auch dessen Gründungsdirektor war. Er leitete das Haus über 20 Jahre, gestaltete regelmäßig Sonderausstellungen und die dazugehörigen Kataloge. Eine Außenstelle des Museums entstand unter seiner Führung in Krockow im nördlichen Westpreußen. Für alle Projekte erreichte er finanzielle Unterstützung durch den Landschaftsverband und die zuständigen Bundeseinrichtungen. Heute ist das Westpreußische Landesmuseum mit seiner Außenstelle eine auch in Polen anerkannte Institution.

Als ausgewiesener Kenner der Provinz Westpreußen machte er sich zugleich mit den Nachbarregionen vertraut, übernahm Aufgaben in übergreifenden Gremien, als Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk, als Mitglied der Historischen Kommission für ost- und

westpreußische Landesforschung, im Kuratorium und im Stiftungsrat des Ostdeutschen Kulturrates (Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa – OKR), als Mitglied des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen beim Ministerium für Arbeit und Soziales NRW.

Unendlich viel Zeit hat er in alle diese Tätigkeiten investiert. Seine Familie, vor allem seine aus Danzig stammende Ehefrau, hat das mitgetragen. Energie, Beharrlichkeit, Genauigkeit bis ins Detail zeichneten ihn aus. Wenn er von einem Vorhaben überzeugt war, hat er es auch gegen Widerstände durchgesetzt. Dabei hat er sich nicht nur Freunde gemacht, aber immer wieder wurde er mit großer Mehrheit in Ämtern bestätigt, wurde ihm Respekt für sein Wissen und sein Engagement gezollt. Auszeichnungen und Ehrungen zeugen davon, darunter das Bundesverdienstkreuz



Hans-Jürgen Schuchs Vertikale: die Nikolaikirche in seiner Heimatstadt Elbing

am Bande 1986, das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse 2010. Münsters Regierungspräsident Dr. Peter Paziorek betonte damals in seiner Laudatio, Schuch sei „als Brückenbauer zwischen Deutschland und Polen anerkannt“. Speziell seine grenzüberschreitende Arbeit, sein Einsatz für die deutsche Minderheit in Polen, wurde damit gewürdigt. Kontaktpflege, Hilfen für Deutsche und für Polen in der Region oder Förderung von Handwerksbetrieben zählten zu Projekten der Landsmannschaft, waren jedoch am Einsatzort mit dem Namen von Hans-Jürgen Schuch verbunden. Ein persönlicher Höhepunkt dürfte das Jahr 2003 gewesen sein, als er Ehrenbürger seiner Heimatstadt Elbing wurde. Seit der

Wende von 1989 hatte er gute Kontakte zu den polnischen Stadtvätern aufgebaut, denen er bei der Erforschung der Vergangenheit ihrer Stadt und bei dem Wiederaufbau nach der kommunistischen Zeit hilfreich zur Seite stand.

Die Entwicklung der Landsmannschaft Westpreußen und zahlreicher verwandter Einrichtungen, von denen hier längst nicht alle genannt wurden, sind eng mit dem Lebensweg Hans-Jürgen Schuchs verbunden. Bei deren künftiger Arbeit werden seine Erfahrungen fehlen.

Am 14. März 2018 ist Hans-Jürgen Schuch in Münster gestorben.

Barbara Kämpfert (KK)

Verbot der Vereinfachung

Podiumsdiskussion zur Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung

Rund eine Million Flüchtlinge, Vertriebene und Aussiedler kamen infolge des Zweiten Weltkrieges nach Sachsen. Erst nach der deutschen Vereinigung konnten sie hier ihre eigenen Organisationen aufbauen, sich der kulturellen Erinnerungsarbeit widmen, sich um die Pflege guter Beziehungen zu ihren einstigen Heimatgebieten bemühen. Will man diesen wichtigen Teil der neuesten Zeitgeschichte sachgerecht aufarbeiten, darüber hinaus Perspektiven für die weitere Arbeit der Vertriebenen entwickeln, sollte damit schon angesichts des fortgeschrittenen Alters vieler der Protagonisten nicht länger gezögert werden.

Dies hat auch der Freistaat Sachsen im Rahmen seiner sich aus dem Bundesvertriebenengesetz ergebenden Verpflichtungen erkannt und fördert daher derzeit ein Projekt, das sich der wissenschaftlichen Aufarbeitung und Darstellung der Geschichte der sächsischen Vertriebenenver-

bände widmet. Als dessen Ergebnis sind u. a. Masterarbeiten zur Thematik, eine Wanderausstellung sowie Veranstaltungen insbesondere in Schulen des Freistaats vorgesehen.

Den Auftakt hierzu bildete eine von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn, in Verbindung mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa, Potsdam, veranstaltete Podiumsdiskussion auf der diesjährigen Leipziger Buchmesse. Moderiert von Professor Dr. Frank-Lothar Kroll, Lehrstuhl für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der TU Chemnitz, äußerten sich Dr. Jens Baumann vom Sächsischen Staatsministerium des Innern, Friedrich Zempel von der Stiftung Erinnerung, Begegnung, Integration, sowie Falk Drechsel, Gymnasiallehrer für Geschichte und Gemeinschaftskunde aus Dresden.

Angesichts der Tabuisierung des Themas Flucht und Vertreibung konnten, so Fried-



Leipzig liest, und Leipzig hört auch zu, so hoffen zumindest (v. l.) Friedrich Zempel, Dr. Jens Baumann, Professor Dr. Frank-Lothar Kroll und Falk Drechsel

Bild: der Autor

rich Zempel, in der DDR lediglich ältere Menschen bei Westreisen Kontakte mit organisierten Vertriebenen in der Bundesrepublik pflegen. Die Möglichkeit zum Aufbau eigener landsmannschaftlicher Organisationen wurde daher nach 1989 freudig ergriffen.

Auch wenn in Sachsen auf den alten Revanchismus-Vorwürfen beruhende Resentiments der Bevölkerung ohne Vertreibungshintergrund noch lange nachklangen, so war doch, laut Zempel, die Ablehnung der Vertriebenen und ihrer Organisationen hier insgesamt geringer als in den alten Bundesländern. Die Vertriebenen fanden, so Dr. Baumann, bald Unterstützung seitens des Freistaats Sachsen, der sich insbesondere zur Förderung von Kulturmaßnahmen verpflichtet sah und die im Westen geltenden Regelungen übernahm. Seit 1992 wurden und werden Verbände, Museen und Institutionen, die Partnerschaften zu den ehemaligen Ostgebieten unterhielten, gefördert. Sachsen führte so auch, wie Bayern und Hessen, einen eigenen alljährlichen Tag des Gedenkens an Flucht und Vertreibung ein.

Gleichwohl haben nach Falk Drechsel 40 Jahre SED-Propaganda bis heute ihre Spuren im öffentlichen Bewusstsein hinterlassen, was sich etwa darin zeigt, dass an den Schulen die Thematik bislang allenfalls am Rande behandelt wird. Dies sei ein Versäumnis, da die Vertreibung nach wie vor in vielen Familien ein bestimmendes Geschichtsnarrativ sei, das es aufzuarbeiten und von subjektiver Legendenbildung zu befreien gelte.

Ein verstärktes Interesse am Schicksal der nach 1945 vertriebenen Deutschen und eine zunehmend objektive Darstellung in den Medien konstatierte Friedrich Zempel in der Folge der aktuellen Flüchtlingskrise. Er war sich mit der Runde einig, dass es bei aller Vergleichbarkeit keine einfache Gleichsetzung des Vertreibungsgeschehens von vor 70 Jahren und heute geben dürfe. Was die Möglichkeiten einer nicht auf Bittstellung, sondern auf Leistung beruhenden Integration der geflohenen Menschen betrifft, so könne man indes aus den Erfahrungen der damaligen Flüchtlinge lernen.

Was geschieht nun nach dem absehbaren Abtreten der Erlebnisgeneration? Kann

das Thema von Flucht und Vertreibung, vielleicht verstärkt institutionalisiert, weitergeführt werden?

Falk Drechsel sieht hier nicht zuletzt die Schule in der Pflicht, die sächsischen Lehrpläne entsprechend zu überarbeiten. Friedrich Zempel zeigt sich skeptisch angesichts der allgemeinen Schwierigkeit, Menschen für das Ehrenamt zu gewinnen, verweist aber gerade im Hinblick auf die jüngere Generation auf zukunftsweisende Projekte von Erinnerungs- und Begegnungsstätten. Die staatliche Ebene wird die

auf Kulturpflege und Verständigung mit den Nachbarn in Europa angelegte Arbeit der Vertriebenen, so Dr. Jens Baumann, weiter nach Kräften unterstützen.

Die Diskussion endete mit dem Appell von Professor Dr. Frank-Lothar Kroll an die zahlreichen Schüler unter den Zuhörern, sich mit Flucht und Vertreibung weiter zu beschäftigen, einem Thema, das angesichts der Entwicklung Deutschlands zu einem Einwanderungsland zunehmend an Bedeutung gewinne.

Ernst Gierlich (KK)

„In der Mitte Europas“ – doch wo ist sie?

Das 27. Brünner Symposium fragt danach

Gut 300 Teilnehmer vor allem aus Deutschland, Tschechien und Österreich lockte auch heuer am Palmsonntag-Wochenende das inzwischen 27. Brünner Symposium „Dialog in der Mitte Europas“ in die Metropole Mährens. Bei Vorträgen und Podiumsdiskussionen ging es um das Thema „Europa zwischen Integration und Desintegration 1918/2018. Wohin steuert Ostmitteleuropa?“ Veranstalter waren die Ackermann-Gemeinde und die Bernard-Bolzano-Gesellschaft.

Bei der ersten Podiumsrunde zur Frage „Zwischen Kooperation und Sonderweg. Spaltet die Visegrád-Gruppe Europa?“ kristallisierte sich als einer der Hauptpunkte heraus, dass die Visegrád-Staaten angesichts des angedachten Umbaus der EU in eine polyzentrische Gemeinschaft ihre strategische Autonomie erhalten, also die bisherige Form der EU verteidigen wollen. Aber auch von einer „Wertelücke in Europa“, einer West-Ost-Polarisierung beim Thema „liberaler Universalismus“ war die Rede bzw. von einer mangelnden Solidarität gegenüber schwachen EU-Ländern, der Ungleichbehandlung einzelner Staaten,

ökonomischen Ungleichheiten sowie neoliberalen Tendenzen und der Ablehnung von Vorschlägen der Visegrád-Länder. Hingewiesen wurde auch auf mentale Grenzen (optimistisch/pessimistisch), wobei der Pessimismus vor allem in den Visegrád-Staaten ausgeprägt sei. Die Mentalitäten hätten zudem mit dem historischen Bewusstsein zu tun. Nicht vergessen werden dürften schließlich die verschiedenen und oft sehr wichtigen Traditionen der einzelnen Länder. Und eine Sache sollte man stets im Auge behalten: Nicht allein die Regierungen bilden die jeweiligen Länder ab.

Den Abschluss des Symposiums bildete eine Podiumsdiskussion zum Thema „Gegen den Zerfall und für ein neues Miteinander. Was schafft Vertrauen in Europa?“ Der in Cardiff lehrende tschechische Prof. Dr. Jirí Pribán wies auf die wirtschaftlichen Interessen in der EU hin: Großbritannien habe die EU in erster Linie als ein wirtschaftliches Projekt gesehen. Der in Tschechien diskutierte „Tschexit“ sei Ausdruck einer „Politik des gepflegten, geplanten, langwierigen Misstrauens“ und bedeute nichts anderes, als dass man sich „in den böhmisch-tsche-

Dialog, groß geschrieben, aber leider immer noch nicht so großgeschrieben, wie es wünschenswert ist
 (v. l.): Pavel Fischer,
 Professor Dr. Ellen Bos, Moderator Kilian Kirchgeßner, Professor Dr. Jiri Pribán, Professor Dr. Thomas Sternberg

Bild: der Autor



chischen Kessel einzuschließen“ gedenke. Pribán hielt dem entgegen: „Wir leben in einem geopolitischen Raum, gegenseitiges Vertrauen muss gepflegt werden.“ Die EU charakterisierte er als Wertegemeinschaft, hinsichtlich Polens sprach er vom „Zerfall des Rechtsstaats“. Nötig sei grundsätzlich Kommunikation. „Wie wir miteinander sprechen, das wird den Charakter der EU bestimmen“, war sich Pribán sicher. Und das sei eine Aufgabe für jeden Tag.

Seine tiefe Enttäuschung über den Brexit äußerte Prof. Dr. Thomas Sternberg, der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Neben der Sehnsucht nach einfachen Antworten und Lösungen sah er den Mangel an Informationen und der Verankerung der europäischen Idee als Grund für den Euroskeptizismus. Er schlug Erzählungen über Europa und seine Gründungsgeschichte vor. Als (christliche) Werte für Europa nannte er in Anlehnung an Papst Franziskus die Fähigkeit zur Kreativität sowie die Kontinuität von Dialog und Integration. Auch müsse der das 19. Jahrhundert prägende Nationalismus endlich überwunden werden. Für Sternberg herrscht zudem eine Ungeduld hinsichtlich

des Angleichungsprozesses. Aufgrund ihrer Übernationalität biete die katholische Kirche besondere Chancen. Konkret sprach sich der ZdK-Präsident für mehr Austauschprogramme in Europa und für Begegnungen in unmittelbaren Nachbarschaften aus.

Pavel Fischer, der Leiter des Instituts für empirische Forschung STEM und Kandidat für das Amt des tschechischen Staatspräsidenten, hält es für wichtig, „den Dialog zu führen, kritisch nachzudenken und rechtzeitig zu antworten“. Auch er hat kein Verständnis dafür, dass Tschechien bisweilen Angelegenheiten mit dem Nachbarland Deutschland über Brüssel regelt. Die tschechische Regierung kritisierte Fischer, da sie seit der EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2008 europapolitisch keine Initiativen ergreift, nichts mitgestaltet oder zumindest die Europapolitik erklärt. „Wir sind quasi Trittbrettfahrer“, beschrieb er die Lage, auch wenn durchaus nicht alle Euroskeptiker sind. „Je mehr sich die Menschen kennenlernen, umso besser werden die Beziehungen der Länder und Staaten. Und je mehr sich die Menschen für die Politik interessieren, umso positiver werden die Be-

ziehungen zwischen den Ländern beurteilt. Wo Europa fehlt, da öffnet sich der Raum für Populisten“, lautete Fischers These.

Dass die Polarisierung der Gesellschaft, zumindest in Ungarn, wo sie seit 2004 tätig ist, spürbar sei, betonte die Politikwissenschaftlerin Professor Dr. Ellen Bos. Aber man müsse unterscheiden, die Position der Regierung werde nicht von der gesamten Bevölkerung geteilt. „Ein Teil der Gesellschaft erwartet von der EU, ein Gegengewicht zur aktuellen Regierung zu bilden“, erläuterte Bos. Der Zerfall betrifft ihrer Meinung nach die gemeinsame Wertegrundlage. Die Folge sei ein „Relativismus der

Werte“. Mit dieser Entwicklung gehe zudem eine starke Rückbesinnung auf nationale Aspekte einher und das Bedürfnis, die eigene Nation wieder größer erscheinen zu lassen. Diese Unzufriedenheit müsse man jedoch ernst nehmen, „der erhobene Zeigefinger ist falsch und nicht angemessen“. Eine aktive Zivilgesellschaft sieht Bos in Ungarn als Hoffnungsträger. Darüber hinaus kann sie sich ein positives Projekt vorstellen, das mit Europa verbunden ist, sowie – auch von Sternberg erwähnt – ein Narrativ zu sozialer und ökonomischer Sicherheit.

Markus Bauer

Neue Struktur für die Infrastruktur

In Preußisch Stargard/Starogard Gdanski arbeitet man daran

Umfangreiche Bauarbeiten finden seit einigen Wochen am Bahnhof von Preußisch Stargard statt. Das Bauvorhaben hat die Errichtung eines neuen Verkehrsknotenpunktes zum Ziel. Die Arbeiten umfassen dabei auch den Wiederaufbau des gesamten stark vernachlässigten, teilweise schon seit Jahren nicht mehr vollständig genutzten Bahnhofsgebäudes nach seiner kompletten Entkernung. Lediglich der Warteraum, die Fahrkartenverkaufsstelle und eine Pizzeria waren noch genutzt worden.

Die heutigen Straßen Gdanska, Małgorzaty Hillar, Kolejowa, Nowoprojektowana und al. Wojska Polskiego werden ausgebaut, dabei wird die komplette Infrastruktur erneuert. Dazu sollen Parkplätzen und Parkbuchten für die Bereiche „Kiss & Ride“, „Bike & Ride“ sowie „Park & Ride“ gebaut werden. In unmittelbarer Nähe des Bahnhofs werden ein neuer Busbahnhof und ein Parkhaus entstehen. Hierfür wurde die alte, nicht mehr benötigte Güterhalle östlich des Bahnhofsgebäudes abgerissen. Hinzu kommen Fahrradständer, ein Wartebereich

für Taxis, neue Haltestellen für die Busse des öffentlichen Personennahverkehrs sowie ein Fahrgast-Informationssystem.

Ein Teil des Straßensystems wird wieder zurückgebaut. Dabei wird die zu preußischer Zeit von der Stadt zum Bahnhof führende Allee, die heutige al. Wojska Polskiego, als älteste Promenade der Stadt, umfassend rekonstruiert. Eingeschlossen sind Erneuerungen bei der Elektroinstallation, bei Telefonanschlüssen, bei der Regen- und Sanitärkanalisation, dem Wasserversorgungssystem, Wärme- und Gasnetz sowie Ergänzungen bei Stützmauern und Pflasterarbeiten.

Die Geschichte der Eisenbahn in Preußisch Stargard reicht zurück bis zum 16. Januar 1871, als die Bahnstrecke von Dirschau (Tczew) nach Preußisch Stargard eröffnet wurde, die zwei Jahre später mit den dann eröffneten Verlängerungen bis nach Kietz ein Kernstück der Preußischen Ostbahn bildete. Am Bahnhof befand sich eine Lokomotivstation, die 1934 der Mechanischen

Abteilung in Dirschau unterstellt war. 1941 wurde diese als Lokbahnhof Preußisch Stargard dem Bahnbetriebswerk Dirschau zugeordnet. Der Wasserturm ist ungenutzt noch vorhanden.

Mehrere Male änderte sich aus politischen Gründen der Name der Stadt und des Bahnhofes: Preußisch Stargard (1871–1920), Starogard (1920–1939), Preußisch Stargard (1939–1945), Starogród (1945–1946), Starogard (1947–1950) und seit 1951 Starogard Gdanski.

Drei Strecken trafen sich im Bahnhof: Preußisch Stargard–Dirschau–Küstrin/Kietz, auf der heute noch Personen- und Güterzüge verkehren, die am 14. Juni 1903 eröffnete Strecke Preußisch Stargard–Skurz (ab 1939 Groß Wollental, Skórcz), auf der 1997 der Personenverkehr eingestellt wurde und seit 2004 nur noch Güterverkehr bis zum Bahnhof Großgabel (Jabłowo) durchgeführt wird, sowie die am 1. Mai 1905 in Betrieb genommene Strecke Preußisch Stargard–Schöneck in Westpreußen (Skarszewy), die 1989 für den Güter- und 1991 für den Personenverkehr stillgelegt und 1998 abgebaut wurde.

Der Bahnhof hat acht Hauptgleise, von denen fünf an Bahnsteigen liegen. Die weiteren Gleise nördlich der Bahnsteige dienen dem Güterverkehr. Die frühere Bedeutung des Bahnhofes zeigen die drei Bahnsteige, die durch eine während der Umbauphase nicht benutzte Unterführung verbunden sind. Genutzt werden nur der Hausbahnsteig mit Gleis 1 und der Bahnsteig 2 mit den Gleisen 2 und 3. Der Bahnsteig 3 diente früher den Zügen nach Schöneck in Westpreußen. Während der Bauphase sind Fahrkartenverkauf und Warteraum in einem Container untergebracht, die Züge verkehren nur von Gleis 2 und 3. Heute halten etwa zehn Regionalzugpaare sowie ein saisonales TLK-Zugpaar (in etwa Interregio) am Bahnhof.

Die mechanischen Zugsicherungseinrichtungen stammen teilweise noch aus der



Den einen ein Ort romantisierender Nostalgie, den anderen eine Herausforderung an Ingenieurskunst und technischen Sachverstand

Bild: der Autor

Zeit der Deutschen Reichsbahn, nur die Einfahrtssignale der Hauptstrecke sind beleuchtet. Die mechanischen Ausfahrtsignale, die mit Karbidlampen ausgestattet werden könnten, sind selbst bei Dunkelheit unbeleuchtet. Interessant ist das sehr niedrige Ausfahrtsignal auf Gleis 2 in Richtung Konitz (Chojnice).

Mieczysław Struk, der Marschall der Woiwodschaft Pommern, hat eine Vereinbarung unterzeichnet, in der neben dem Ausbau in Preußisch Stargard der Bau von neuen Verkehrsknoten in Marienburg (Malbork) und Marienwerder (Kwidzyn) beschrieben sind. Die Woiwodschaft Pommern stellt für die Jahre 2014 bis 2020 aus Mitteln des Regionalprogramms 53 Mio. PLN zur Verfügung. Die Gesamtmaßnahme mit den drei Projekten kostet 73 Mio. PLN. Im Gesamtpaket für Preußisch Stargard ist zudem der Kauf von elf gleichartigen neuen Niederflurbussen mit Einrichtungen für Behinderte zur Verbesserung der Bedienung des Stadtverkehrs enthalten.

Die Europäische Gemeinschaft unterstützt diese Vorhaben zur Verbesserung der Effizienz, der Attraktivität und der Öko-Effizienz des öffentlichen Verkehrs als Alternative zum privaten Pkw-Verkehr. Alle drei Projekte werden bis Ende 2018 abgeschlossen.

Manfred E. Fritsche (KK)

Zweisprachig, mehrdimensional

Pomorze Wschodnie za czasow panowania Gryfitow / Ostpommern zur Zeit der Greifenherrschaft (Zeszyty Kulickie / Külzer Hefte Bd. 12). Herausgegeben von der Stiftung Europäische Akademie Külz–Kulice, Szczecin/Stettin 2017. 307 Seiten, 10 Euro zuzüglich Versandkosten, Bezug: akademiakulice@pro.onet.pl

Die Geschichte Ostpommerns zur Zeit der Greifenherrschaft liegt weitestgehend im Dunkeln. Das ist vor allem auf die dürftige Quellenlage zurückzuführen. Hinzu kommt aber, dass die Forschungen deutscher und polnischer Historiker bis heute stark vom jeweiligen nationalen und politischen Kontext geprägt sind. Ferner bereitet es Probleme, die Region Ostpommern eindeutig abzugrenzen, da dieser Begriff nie als offizielle Bezeichnung für ein staatliches Gebiet diente. Hinzu kommt, dass der Begriff im deutschen Sprachgebrauch ein anderes Gebiet bezeichnet als der – vermeintlich – gleiche Begriff im polnischen Sprachgebrauch. Im Gegensatz zum westlichen Teil des Herzogtums Pommern war der östliche Teil weit stärker durch ständig wechselnde Herrschaftsverhältnisse und Einflüsse angrenzender Mächte gekennzeichnet, was die Erforschung der geschichtlichen Ereignisse und Abläufe zusätzlich erschwert.

Heft 12 der 1999 begründeten Reihe der Zeszyty Kulickie / Külzer Hefte bringt Beiträge, in denen sich deutsche und polnische Wissenschaftler mit der Geschichte Ostpommerns während der Greifenherrschaft auseinandersetzen. Angeregt wurden die Beiträge durch einen wissenschaftlichen Meinungsaustausch in der Europäischen Akademie Külz–Kulice, die seit 1995 deutschen und polnischen Wissenschaftlern immer wieder die Gelegenheit geboten hat, ihre einschlägigen Forschungsergebnisse auf Tagungen und in Publikationen vorzustellen. Der

Verein zur Förderung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit e. V. (Hamburg) hat die Herausgabe des Bandes 12 finanziell unterstützt. Die redaktionelle Arbeit lag bei Lisaweta von Zitzewitz. Alle Texte erscheinen in Deutsch oder in Polnisch mit einer Zusammenfassung in der jeweils anderen Sprache.

Inhaltlich lassen sich die Beiträge des Külzer Hefts 12 drei Bereichen zuordnen. Den ersten Schwerpunkt bilden Abhandlungen zur Geschichte Pommerns während der Greifenzeit. Ralf-Gunnar Werlich schreibt über die Herrschaft der Greifen, Bronisław Nowak über die Geschehnisse der Stadt Stolp an der Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert, Christian Gahlbeck erinnert an die Askanier, Krzysztof Kwiatkowski thematisiert Westpommern und die Schlacht von Tannenberg, Felix Escher das Kloster Buckow.

Zu der zweiten Gruppe gehören Autoren, die die Vergangenheit Ostpommerns aus sprachhistorischer und literaturwissenschaftlicher Sicht ergründen. Ihre Ausführungen stellen wertvolle, unentbehrliche Ergänzungen zu den von deutschen und polnischen Historikern erforschten Ergebnissen dar. Die Sprachforschung steht hier noch ganz am Anfang, betont Jörg Riecke in seinem Beitrag zu Deutsch im Kreis der Sprachen zwischen Oder und Weichsel. Die Darstellungen der Frühzeit Ostpommerns in der deutschen und in der polnischen Literatur liefern recht unterschiedliche Einsichten. Roswitha Wisniewski († 2017) und Bogusław Bakula stellen die deutsche bzw. die polnische Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts zu dem Themenkomplex vor. Sowohl die deutschen historischen Romane, es gibt nur wenige zu diesem Thema, als auch die polnischen Werke, die sich mit Episoden und Gestalten der ostpommerschen Geschichte dieser Zeit befassen, sind nicht frei von nationalen Tendenzen und häufig in der Absicht geschrieben, die Ereignisse für aktuelle politische Absichten und nationale Zwecke zu vereinnahmen.

Die dritte Gruppe bilden Arbeiten, die sich mit der Geschichtsschreibung zum östlichsten Teil Pommerns befassen. Diese wird in den Beiträgen von Katarzyna Woniak und von Paweł Migdalski recht unterschiedlich beurteilt. Woniak untersucht die polnische Nachkriegsforschung zur Geschichte Westpommerns; Migdalski behandelt das östlich der Oder gelegene Pommern im Mittelalter im Lichte der deutschen Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts. Beide stellen Fortschritte in Bezug auf eine objektive Geschichtsschreibung sowohl auf deutscher als auch auf polnischer Seite fest, plädieren aber auch dafür, vom nationalen Gedankengut wegzukommen und die Pommernforschung nicht nur auf Vorpommern zu beschränken.

Die vorliegende Dokumentation der Europäischen Akademie ist ein wichtiger Beitrag zur Pommernforschung, da sie einerseits vielfältige Erkenntnisse zu der Vergangenheit Ostpommerns aus deutscher bzw. polnischer Sicht bringt, andererseits das Interesse auf Aspekte und Facetten lenkt, die weiterer Nachforschungen bedürfen. Der in einzelnen Beiträgen erkennbare Appell nach einem vorurteilsfreien, auch interdisziplinären Gedankenaustausch zwischen deutschen und polnischen Wissenschaftlern sollte gehört werden; und, wie Lisaweta von Zitzewitz im Vorwort hervorhebt, „Anstöße zu weiteren, möglichst gemeinsamen deutsch-polnischen Forschungen über die Frühgeschichte Ostpommerns geben“.

Elsbeth Vahlefeld (KK)

Neumondsüchtig

Ursula Haas: Wortfisch im grünen Aquarium. Gedichte und Poesien. edition bodoni, Buskow 2017, 127 Seiten, mit Abbildungen im Innenteil von Beat Toniolo

In ihrer neusten Buchpublikation fasst die in Aussig an der Elbe geborene und in München lebende Ursula Haas, die 2010 mit dem Nikolaus-Lenau-Preis der KünstlerGilde Esslingen ausgezeichnet wurde, das Ergebnis ihres literarischen Schaffens im Zeitraum zwischen 2010 und 2017 zusammen. Unterstrichen und aufgelockert

durch vier farbige Bildkompositionen des Malers und Performance-Künstlers Beat Toniolo, wird dieser Band in einer auch künstlerisch sehr ansprechenden Form dargeboten.

In sechs Kapiteln führt Ursula Haas den Leser durch ihre Lebens- und Weltansicht mit dem Anspruch, von allgemeinen menschlichen Befindlichkeiten ausgehend, zu philosophischen und politischen Betrachtungen von größerer Tragweite zu gelangen. Das Werkzeug, das ihr dazu an die Hand gegeben ist, die Sprache der Poesie, nimmt Gestalt an als „Wortfisch“ und schwimmt durch alle Gewässer des Lebens und seiner wechselvollen Zeiten.

Angefangen vom „Gartenzauber“ über „Reiseziele“ zu neuen Orten, gibt die Autorin „Lebenszeichen“ aus den „Lebenszeiten“, die ihre Persönlichkeit geprägt haben. Im Mittelteil des Buches legt sie eine Meditationspause ein und unternimmt den Versuch einer Weiterdichtung der Lebensweisheiten des Daodejing von Laotse.

Im Anschluss an diese fernöstliche Reise, bei der Ort und Zeit, Ferne und Nähe zusammenfallen in den Reflexionen einer poetisch-philosophisch reflektierten Sprache, schickt Ursula Haas ihren Wortfisch durch brackige Gewässer voller Schlamm und Unrat. In den „Prinzipien der Eliminierung“ kämpft er buchstäblich ums Überleben. Angelehnt an die biblische „Arche Noah“, die zum Floß der Medusa wird, stellt die Autorin in „Auf der Arche“ einen Bezug zur heutigen Flüchtlings-Situation her.

Direktere Wege durch Krieg und Tod, Flucht und Vertreibung geht Ursula Haas zum Frauen-KZ Ravensbrück 1943 und – angelehnt an das Flucht- und Vertreibungsschicksal ihrer Familie – nach Porlitz bei Brünn (Brno, Proholic) 1945. Das Bild der Arche wird hier zum Sinnbild für alle Gestrandeten und Überlebenden.

So wird der Leser durch tiefe und seichte, helle und dunkle, stille und brodelnde Gewässer geführt. Es ist die Vielfalt der Ausdrucksmöglichkeiten, die ihn immer wieder staunen lässt über die Sprachkraft einer belesenen und in vielen kulturellen Bereichen, vor allem in der Mythologie, der Musik und der bildenden Kunst beheimateten Lyrikerin.

Es ist, als kämen manche Verse aus Traumsequenzen, aus einer Art automatischen Schreibens und würden vom Unbewussten aufsteigen

ins Bewusstsein: „im Traum und/sicher im Traum schwebe ich durch mein Gedicht“. Besonders kunstvoll gewoben sind solche Texte, in denen ein Volkslied, ein Märchenbild, ein Kirchengesang verschlungen wird in eine Aussage, die mit überraschenden Bildern zunächst befremdlich, auf den zweiten Blick jedoch in sich stimmig wirkt, z. B. in dem Gedicht „Weihnachten im Park“: „Maria durch den Dornwald ging / Kyrie eleis. Der Rabe hockt im Baum, der Park blüht weiß / In sieben Jahren hat er kein / Laub getragen, seit sie hier / wandern ging.“

Ursula Haas fächert farbenfrohe Welten vor dem Auge des Lesers auf. Ferne Länder rücken näher, Aufbruch ist angesagt, aber auch das Innehalten am Ort. Das Reflektieren dessen, was die Oberfläche verbirgt, wird zur Sprache gebracht. Und die dazu notwendige Stille zieht ihre Kreise nach manchem Aufruhr. Ihr Wortfisch stößt vor bis zum Meeresgrund, der zum Seelengrund wird. Ein Hauch von Melancholie liegt wie ein feiner Nebel über vielen Texten. Liebe und Liebesverlust, die Nähe zum Tod und zum Leben führen in eine „Zwischenwelt“, darin „Verteilt sich Schmerz / und Glück in einem Leben / nie gerecht. Ist Sein und / Bleiben“.

„Am Katzentisch / der Erinnerung“ entsteht ein Gedichtzyklus mit dem Titel „Das Kind in mir“. Inmitten der Kindheitsidylle – spielte es eben noch Klicker auf der Straße – muss es aber im abschließenden Gedicht „Als Kind“ schon die nahende Bedrohung spüren, denn im ersten Frühling blühen „Trümmerblumen“. Beispielhaft für die Verschränkung zwischen Erinnerung und Gegenwart ist die treffende Feststellung: „Auf dem Seil der verflochtenen Zeit / tanzt das Gestern und Heute, kann sich / nicht entscheiden“.

Einen Abschluss und Ausblick bilden Gedichte, die Künstlern, Autoren, Freunden und dem eigenen Enkel gewidmet sind im Kapitel „Widmungen. Gedenken“. Sie führen zurück bis zu den „Todesfackeln / deines Neunzehnhundertvierzehn“, die angezündet werden in einem Gedicht, das sie Franz Marc gewidmet hat. Dennoch endet dieser große lyrische Bogen, den Ursula Haas geschlagen hat, mit einem hoffnungsvollen Versprechen, das sie ihrem Enkel gibt: „wenn die Blätter fallen, werde / ich dir vom Paradies erzählen“.

Wie ein roter Faden zieht sich das Ringen um die Sprache, um das treffende Wort durch die Texte von Ursula Haas: „Ich warte, bis ein / Segen in

Weiß, sich aus dem / Bild ins Leben getraut / der Neumond meiner Worte“. Was diesen Band betrifft, hat der Neumond sich gerundet. Ursula Haas hält, was sie in „Windsbraut“ verspricht: „Meine Schreibhand zünde ich an. Sie / leuchtet unter der Sonne“.

Anneliese Merkel (KK)

Helfen – trösten – raten

Georg Jäschke: Wegbereiter der deutsch-polnisch-tschechischen Versöhnung? Die katholische Vertriebenenjugend 1946–1990 in der Bundesrepublik Deutschland. Aschendorff Verlag, Münster 2018, 393 Seiten, 49 Euro

Das Fragezeichen im Buchtitel wird auf der letzten Seite positiv aufgelöst. Diese von Dr. Michael Hirschfeld an der Universität Vechta betreute Dissertation analysiert die Friedens- und Versöhnungsarbeit der katholischen Jugendorganisationen der Heimatvertriebenen nach dem Krieg bis zur Wende. 1090 Fußnoten beweisen die gute Dokumentation. Autor Jäschke von der „Jungen Grafschaft Glatz“ konnte auf sein eigenes Archiv zurückgreifen. Bereits 1951 hatten sich die elf Einzelverbände als Aktion heimatvertriebener Jugend dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) angeschlossen. Daraus wurde 1973 die Aktion West–Ost (AWO) im BDKJ.

Jäschke beschränkt sich vorwiegend auf die mitgliederstärkste Junge Aktion der (sudeten-deutschen) Ackermannsgemeinde, die Aktion Junges Schlesien, die Gemeinschaft Junges Ermland, die Gemeinschaft der Danziger Katholischen Jugend und die Junge Grafschaft – Katholische Jugend der Grafschaft Glatz.

Betrachtet wird ihr Wirken in fünf Dekaden, abschließend gibt es je ein Fazit. Die vierziger Jahre: Bleibt nicht auf den gepackten Koffern sitzen. Neubeginn in der Fremde. Die fünfziger Jahre: Nur gemeinsam sind wir stark! Gründung und Ausbau der einzelnen katholischen Jugendvertriebenenverbände unter dem Dach der Aktion heimatvertriebener katholischer Jugend. Die sechziger Jahre: Das Ende der Charmeoffensive. Die Vorboten einer veränderten Haltung in Gesellschaft, Kirche und Staat gegenüber

den Vertriebenen. Die siebziger Jahre: Die Ausgrenzung der Vertriebenen und ihrer Verbände durch die neue Ostpolitik. Die achtziger Jahre: Das Ende der Nachkriegsära in Deutschland und die Rolle der Vertriebenenjugend.

Aus einer anfänglichen „Wohlfühlinsche“ mit heimatlichem Gesang und der Pflege des traditionellen katholischen Brauchtums wurden bald selbstbewusste Gemeinschaften, die sich entgegen dem Wunsch der Deutschen Bischofskonferenz – die wie z. B. das Bistum Hildesheim nur auf Assimilierung setzte – mit eigenen Heimatseelsorgern weiterhin eng an ihre Kirche banden, auf ein größeres vereintes Europa hofften und versuchten, Kontakt zu Jugendlichen in ihren Heimatregionen herzustellen. Damit wurden sie zum Teil – wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg – Vorreiter des Versöhnungsprozesses.

Voraussetzung dafür war eine gründliche Kenntnis der Heimat – Kirchen- und Zeitgeschichte –, die auf den regelmäßigen Tagungen vermittelt wurde. So wurde den Jugendlichen bald bewusst, dass – mit Ausnahme der sudeten-deutschen Gebiete – die neuen Bewohner ihrer Heimat ebenfalls Vertriebene waren und eine Rückwendung zu der Zeit vor 1945 unmöglich war. „Helfen – trösten – raten“ wurde das Motto der gesamten katholischen Vertriebenenarbeit. Sobald es politisch möglich war, gründeten die Jugendverbände in den Heimatländern ihrer Eltern bis heute bestehende Untergruppen.

Den Anhang bilden Quellen- und Literaturverzeichnis, Interviews, Teilnehmerzahlen bei den Tagungen: Junge Aktion ab 1954, Gemeinschaft Junges Ermland ab 1947, Junge Grafschaft ab 1953, Aktion Junges Schlesien ab 1953, Biogramme, Namensverzeichnis (nicht ganz vollständig) und ein Ortsverzeichnis.

Norbert Matern (KK)

„Blickwechsel“

*Neue Ausgabe des Deutschen Kulturforums
östliches Europa, Potsdam*

Die neue Ausgabe der Zeitschrift „Blickwechsel – Journal für deutsche Kultur und Geschichte im östlichen Europa“ des Deutschen Kulturforums östliches Europa in Potsdam ist erschienen.

Das Heft lotet unter dem Titel „Zwischen Trauer und Triumph. Das Jahr 1918 und seine Folgen im östlichen Europa“ die ambivalente Situation nach dem Ende des Ersten Weltkriegs aus, als manche Länder, Völker und Regionen erhebliche Verluste betraueren, während andere angesichts neu errungener Eigenständigkeit triumphierten.

Die Autorinnen und Autoren lassen dabei den Blick vom Baltikum über Danzig/Gdansk und das Dreikaisereck bei Mysłowitz/Mysłowice bis in den Kaukasus, nach Galizien und Ungarn schweifen. Ein Text des Prager deutschen Schriftstellers Max Brod aus dem Jahr 1918 wartet mit einer zeitlosen These zur Ursache von Kriegen auf. Weitere Themen wie das musikalische Leben in der Friedenskirche zu Schweidnitz/Swidnica, das Wirken des Berliner Unternehmers Israel Moses Henoch in der Neumark, eine Vorschau auf die deutsch-polnische Ausstellung über den Maler Otto Mueller oder zum 400. Jahrestag des zweiten Prager Fenstersturzes von 1618 laden zur Lektüre des reich bebilderten Heftes ein. Außerdem präsentiert es Projekte des Kulturforums und seiner Partnereinrichtungen, die sich engagiert an der Zusammenstellung der Beiträge beteiligt haben.

Der „Blickwechsel“ erscheint seit 2013 einmal jährlich und möchte ein breites Publikum neugierig auf die Vielfalt deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa machen.

Er kann gegen eine Schutzgebühr von 2,50 Euro zzgl. Porto beim Stuttgarter Verlagskontor bezogen werden (Bestellungen per Mail unter svk@svk.de oder per Telefon unter 0711-66721483, jeweils unter Angabe der Bestellnummer DF115).

(KK)

Museum unterwegs

Zu Görlitz und anderswo

Die große Sonderschau des Schlesischen Museums zu Görlitz „Achtung Zug! 175 Jahre Eisenbahn in Schlesien“ wird mit mehreren thematischen Programmpunkten ergänzt. So etwa werden am 27. Mai, 24. Juni, 8. Juli und 22. Juli, jeweils um 15 Uhr, öffentliche Führungen angeboten. Am 2. Mai, 15 Uhr, ist die Veranstaltungsreihe „Kaffee & Kultur – natürlich schlesisch“

der Zackenbahn von Hirschberg/Jelenia Gora nach Korenov (vormals Grünthal bzw. Polaun) gewidmet. Dies ist bis heute eine der wenigen Zugverbindungen über die Sudeten. Die topographisch schwierige Strecke war seinerzeit von großer Bedeutung für die Wirtschaft und den Riesengebirgstourismus. Dr. Martin Kügler vom SMG stellt in einem Vortrag die Besonderheiten der Zackenbahn vor und zeigt Bilder der Modellanlage, die ab dem 5. Mai im Museum zu sehen sein wird.

„Mit Volldampf! Museumsfest“ lautet das Motto der Veranstaltung, zu der das SMG am 5. Mai von 13 bis 19 Uhr einlädt. Neben virtuellen Bahnreisen in die Welt der Literatur, des Films und der Musik bieten Ausstellungen und Vorträge den Besuchern viel Wissenswertes und auch so manches Erstaunliche. Eine der vielen eisenbahntechnischen Attraktionen ist das Modell der Görlitzer Bahnanlage von 1917, das gemeinsam mit dem Modellbauer Ingo Wobst erkundet werden kann. Als Höhepunkt des Nachmittags gilt die Präsentation der originalgetreu nachgebildeten Zackenbahn. Der Verein Schlesische Gebirgsbahn e.V. schuf die raumfüllende Modellanlage, die bis zum 27. Mai im Museum gezeigt wird.

Wolfgang Domeyer hat mit einigen Mitstreitern jahrelang die Geschichte der Zackenbahn erforscht. Am 8. Mai, 19 Uhr (Eingang Fischmarkt 5), sprechen der Eisenbahn-Fachmann und Dr. Martin Kügler im Rahmen eines Vortrages über die Entwicklung der Zackenbahn und die landschaftlich faszinierende Strecke.

Der Museumsleiter Dr. Markus Bauer bietet am 9. Mai, 17 Uhr, in der Veranstaltungsreihe „Schlesien für Einsteiger und Fortgeschrittene“

den Vortrag „Tausend Jahre schlesische Geschichte“. Die in Kooperation mit der VHS Görlitz erarbeitete Präsentation hebt zentrale Themen der schlesischen Geschichte hervor und gibt auch einen Überblick über die historische Entwicklung vom Mittelalter bis in die Gegenwart. Am Internationalen Museumstag (13. Mai) öffnet das SMG von 10 bis 18 Uhr seine Pforten unter dem Motto „Netzwerk Museum: Neue Wege, neue Besucher“.

Das SMG bietet in Kooperation mit Projektpartnern ein attraktives Exkursionsprogramm an. Am 6. Mai begleiten Dr. Annemarie Franke und Dr. Jasper von Richthofen die Fahrt zu früheren Sitzen der Adelsfamilie in Mertschütz/Mierczyce, Bersdorf/Targoszyn und Groß Rosen/Rogoznica. Geplant sind u. a. Besuche der KZ-Gedenkstätte Groß Rosen, in der Bildungsstätte der St. Hedwig-Stiftung auf Schloss Muhrau/Morawa und der evangelischen Friedenskirche in Jauer/Jawor. Am 19. Mai findet eine kulturgeschichtliche Wanderung auf den Zobtenberg (Sleza) statt. Am 29. Mai ist eine Tagesfahrt unter dem Motto „Breslau und die Anfänge der Sozialdemokratie in Schlesien“ geplant, in Zusammenarbeit mit dem SPD-Ortsverein Görlitz aus Anlass des 150. Jubiläums der Gründung der Partei.

Der Künstler und Schriftsteller Johannes Avenarius in Greiffenberg/Gryfow Slaski und im Haus Wiesenstein in Agnetendorf/Jagniatkow steht im Fokus eines Ausflugs am 9. Juni, den Dr. Annemarie Franke und Christian Henke begleiten. Letzterer ist übrigens ein ausgezeichnete Kenner der Materie, er hat seit 2014 drei Bücher über Avenarius verfasst.

Dieter Göllner (KK)

*Funktioniert
wesentlich
zuverlässiger
als das große
Original: Modell-
eisenbahn*

Bild: der Autor



Häftling 7188 oder Die Barmherzigkeit der Steine

Ernst Wiechert hat eines der wenigen Zeugnisse darüber abgelegt, was ein Konzentrationslager war

Auch 80 Jahre nach den demütigenden und furchtbaren Monaten im Sommer des Jahres 1938, die das Leben des Dichters Ernst Wiechert grundlegend veränderten, sind seine Tagebuchnotizen und Briefe aus dieser Zeit und sein Bericht „Der Totenwald“, geschrieben 1939, veröffentlicht 1945, von erschütternder Wucht in ihren Aussagen und von realistischer Drastik des dargestellten Erlebten. Ernst Wiechert ist und bleibt der deutsche Schriftsteller und Dichter, den der Nazi-Terror fast zugrunde richtete, der aber die Kraft fand, das Gesehene und Erlebte aufzuschreiben und zu bezeugen. Er ist damit zum ersten Chronisten des Holocaust der Nationalsozialisten geworden, denn was er in Buchenwald sah, trug alle Elemente dessen, was nach 1942 als „Endlösung“ in den zahllosen KZ in Deutschland und im europäischen Osten von der SS organisiert und durchgeführt wurde. Für die jüdischen Häftlinge war Buchenwald, wie Wiechert bezeugt, ein Vernichtungslager; sie wurden dort als halb Verhungerte im berühmten „Steinbruch“ zugrunde gerichtet.

Angefangen hatte Wiecherts Leidenszeit mit einer stundenlangen Durchsuchung seines Hauses, Hof Gagert bei Wolfratshausen, am 6. Mai 1938 durch drei Beamte der Gestapo in Zivil. Sie beschlagnahmten Manuskripte, Notizen, Tagebücher und private Korrespondenz, verhafteten den Dichter und transportierten ihn ins Polizeigefängnis München, wo er bis zum 4. Juli, also fast zwei Monate, inhaftiert war.

Dieser erste, noch relativ glimpflich überstandene Akt ist durch Wiecherts erst 1966 publizierte Tagebuchnotizen dokumentiert. Ein Gestapo-Beamter, der an den Verhören teilgenommen hatte, entnahm der Akte des Schriftstellers die Notizen, die ihm vor dem Transport ins KZ abgenommen worden waren, und bewahrte sie 26 Jahre bei sich zu Hause auf, ehe er sie 1964 dem Verleger Kurt Desch zugänglich machte, der sie zur Bearbeitung an Gerhard Kamin weitergab. Das ist ein in der nationalsozialistischen Willkürbürokratie sicher nicht alltäglicher Vorgang.

Wiechert konnte während seiner Untersuchungshaft Briefe schreiben und empfangen, hatte auch Besuch von seinen Angehörigen und erhielt sogar Pakete mit Büchern, Obst, Lebensmitteln und Zigaretten. Er las viel, spielte Schach mit sich selbst oder seinem Zellengenossen, schaute aus dem Fenster in den Himmel, beobachtete den täglichen Abtransport von Gefangenen nach Dachau und die traurige Kolonne der Besucher bei ihrer Ankunft und auf ihrem Rückweg. Er beobachtet eine Frau: „sie lehnt ihren Kopf an den Stein des Tores und weint in hoffnungsloser Verzweiflung. Das Volk weiß, dass die Steine barmherziger sind in dieser Zeit, als die Menschen“. Im „Totenwald“ schreibt er: „Die Stille der Zelle ließ ihm Zeit zu so schweren Büchern wie Zieglers Überlieferung, und nacheinander las er, was er sich lange in Muße zu lesen gewünscht hatte: Ricarda Huchs Großen Krieg, Olav Duuns Juvikinger, Stifters Witiko

So ähnlich mag es gewesen sein. In Wiecherts Geburtshaus denkt man seiner mit einer Installation, und dass die Kommunikationstechnik auf einem Häkeldecken abgelegt ist, darf man als sanfte Ironie willkommen heißen

Bild: der Autor



und Nachsommer und Pascals Gedanken.“ Wiechert beruhigt seine Frau in einem Brief vom 4. Juni 1938: „Sei ganz ruhig, ich will immer geduldig sein. Das wäre ein kümmerliches Leben, das nicht jedes Schicksal als eine Prüfung betrachtet, die wir zu bestehen haben.“ Am 10. Juni schreibt er: „Es gibt hier eine schöne Kameradschaft des Leidens, auch ohne Worte, und so ist nichts leer im Leben, wenn man das Herz öffnet.“ Wie es in seinem Herzen wirklich aussieht, vertraut er nur seinem Tagebuch an, in das er am 18. Juni schreibt: „Auf der Erde gelegen. So müde. Das Herz immer schwerer. Ich sehe alles nun viel klarer als früher, aber eine bittere Klarheit.“ Immer wieder erwähnt er die Tag und Nacht brüllenden Lautsprecher. Am 23. Juni notiert er: „Siebente Woche zu Ende. Lieber Gott, erhalte mir das feste Herz! Von der Heimat geträumt. Der Körper will nicht schweigen. Schmerzen.“

Am 25. Juni erfährt Wiechert, dass die Entscheidung aus Berlin eingetroffen sei. Die erhoffte Freiheit wird ihm nicht gewährt. Er soll am 4. Juli in das KZ Sachsenhausen überführt werden, für ein Vierteljahr,

dann „Überprüfung“ mit anschließender Entlassung oder Rücksendung ins Lager. Wiecherts erste Gedanken nach dieser niederschmetternden Nachricht gelten seiner Familie: „Lieber Gott, hilf ihnen allen. Ich selbst werde auch das auf mich nehmen, schweigend und gefasst. Aber du Arme, du Arme. Dies also ist der Lohn eines Lebens“.

Einen sehr langen Brief schreibt Wiechert an seine Frau am Sonntag, dem 26. Juni, und beendet ihn am folgenden Nachmittag. Dieser Brief enthält letzte Aussagen, wie in einem Testament: „Du sollst wissen, dass meine letzten Gedanken bei Dir sein werden. Um Dir zu danken für alles, was Du mir getan hast. Es ist nur Gutes gewesen, solange ich zurückdenken kann. Nichts als Gutes. Und vergib mir, wenn ich Dich einmal gekränkt habe. Du bist immer mein guter Engel gewesen, ohne Fehler, und was ich geworden bin, verdanke ich Dir. Wir sind in eine Zeit hineingeboren, die hart straft, aber auch die Härte wollen wir ohne Bitterkeit hinnehmen und den Glauben nicht verlieren, dass wir bald wieder beieinander sein werden. ... Gott segne und behüte Dich im Wachen und im Schlafen und erhalte Dich

mir für den Tag, an dem ich wiederkomme. Leb wohl und sei geborgen in meiner Liebe und an meinem Herzen.“

Am 30. Juni ist Wiechert beim Arzt. In sein Tagebuch notiert er: „Dort zum erstenmal gehorchen die Nerven nicht mehr. Geweint. Ist mir leid, aber nicht zu ändern.“ Wiechert hatte also einen Nervenzusammenbruch. Am Ende seiner Haftzeit in München, die geprägt war von zahlreichen stundenlangen Verhören, von langen Zeiten ohne frische Luft, eingesperrt in einer Zelle, die nur aus einem kleinen Fenster den Blick in den Himmel erlaubte, war Wiechert nervlich am Ende, noch bevor der schwerste Teil der

Prüfung begann. Und doch schreibt er in seiner letzten Tagebuchnotiz am 2. Juli: „Ich weiß, dass ich Euch glücklich wiedersehen werde. Lebt alle wohl, und Gott segne und behüte Euch Alle!“

Am 4. Juli ändert sich die Situation für Wiechert grundlegend. Morgens um vier Uhr wird er geweckt und um halb fünf in einem großen Polizeiwagen mit anderen Häftlingen zum Hauptbahnhof gefahren. Dort werden sie zu zweien mit Ketten aneinandergeschlossen und den Bahnsteig entlang zum Zug geführt, ein Gang tiefster Erniedrigung für den Dichter. Die Fahrt geht für ihn nicht nach Sachsenhausen, sondern nach Buchenwald. Und hier beginnt mit einem ersten Brief an seine Frau vom 9. Juli die grausame Zwangsheuchelei, die Gerhard Kamin 1966 so beschrieben hat: „Erschütternd ist in dem Dokument der klaffende Gegensatz von tröstlicher Verschleierung der ausweglosen Situation gegenüber den Angehörigen und von schweigender Überwindung der Lagerfoltern.“

Im „Totenwald“ berichtet Wiechert: „Der Unterlagerführer in SS-Uniform gab ihnen die ersten Anweisungen, derart etwa, dass sie bei einem Fluchtversuch oder der geringsten Widersetzlichkeit sofort ‚abgeschossen‘ würden, dass sie ihre ‚Schnauzen‘ geradeaus zu nehmen hätten, dass man diesen ‚Schweinen‘ schon Schliff beibringen würde, und ähnliche Äußerungen einer neuen, Johannes noch unbekanntem Kultur“. Der Hinweis auf die „unbekannte Kultur“ ist nicht nur eine sarkastische Bemerkung, sondern die existentielle Erfahrung eines zweiten tiefen Kulturschocks, den Wiechert erleidet. Der erste war die Erfahrung des Krieges gewesen. Der Erste Weltkrieg hatte alles, was man bis dahin über Kriege wusste, gesprengt. Der Mensch starb nicht mehr im Kampf, sondern verschwand als Masse in Materialschlachten innerhalb von Minuten in Bombentrichtern auf Schlachtfeldern, die als Natur und Landschaft in ihrer von Granaten durchwühlten Verwüstung



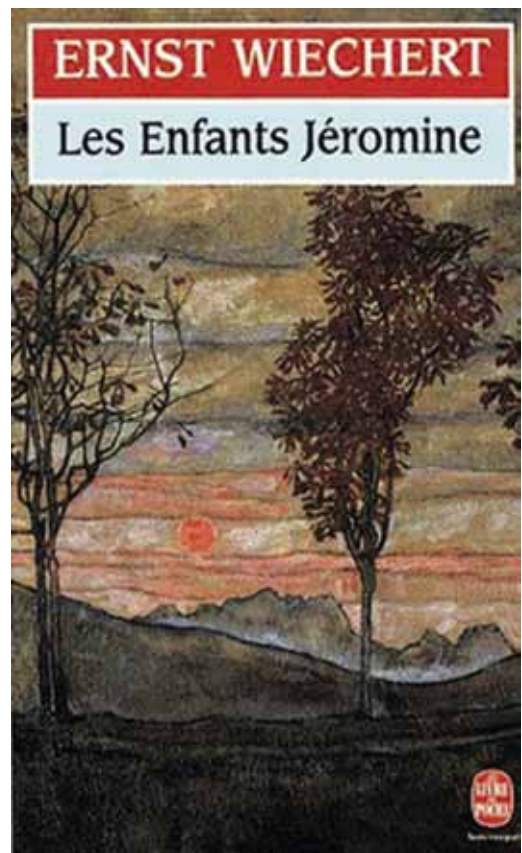
Spannbreite der Wiechert-Rezeption: Der deutsche Buchumschlag greift zurück auf historische Realien, das Geburtshaus in sachlichem Schwarzweiß

nicht mehr erkennbar waren. Wiechert hat das Erlebnis dieser Jahre immer in seiner Erinnerung bewahrt und in seinen Werken literarisch zu bewältigen versucht.

Und nun dies: „Da war ein über siebzigjähriger Jude mit einem bekannten Namen, der sich eben von der Erde wieder aufgerichtet hatte und der die Blicke der Vorübergehenden besonders auf sich zog. Fast jeder versprach, ehe er weiterging, ‚mit dieser alten Judensau schon Schlitten zu fahren‘. Und ehe sie den Raum wieder verließen, war das alte Gesicht schon von Faustschlägen geschwollen ...“ Die „unbekannte Kultur“ äußert sich in der Schändung der Sprache und in der Zerstörung des Menschengesichts. War der Krieg die groteske Übersteigerung eines seit Jahrtausenden bekannten Willens zur politischen Machtdurchsetzung mit allen militärischen Mitteln gewesen, ohne Rücksicht auf die beteiligten Menschen, so war das, was sich hier vor den Augen Wiecherts abspielte, von gänzlich anderer Qualität und Dimension. Der Kulturschock, den Wiechert erlebte, traf den Menschen selbst in seiner Substanz und die Sprache als das höchste Gut menschlicher Zuwendung.

Jetzt zerfällt all das, was noch seine Tagebuchaufzeichnungen und Briefe während seiner Münchner Haftzeit so trostvoll gekennzeichnet hatte, vor allem sein Glaube an Gott: „Er fühlte, wie die eisige Kälte seine Träume zerbrach, wie der Frost die Blüten zerbricht, wie durch das Bild Gottes ein Sprung hindurchlief, der nicht mehr heilen würde, und wie nur eines sich lautlos und ungeheuer vor ihm aufrichtete, was er früher gerne mit Träumen und Wünschen verziert und bekleidet hatte: die nackte, erbarmungslose Wirklichkeit, das Gesicht des Menschen, wie er war, wenn man ihm Macht gab, ihn der Fesseln entkleidete und ihn zu dem zusammenballte, was man ‚Masse‘ nannte.“

Wiechert erhält die Nummer 7188 und als politischer Gefangener rote Tuchdreiecke,



Der französische wiederum beschwört in nachgerade expressionistisch-psychedelischer Buntheit eine dem Dichter nachgerühmte Empfindsamkeit

die auf Rock und Hose zu nähen sind. Der Mensch wird depersonalisiert, zu einer Nummer, die jederzeit ausradiert werden kann, bürokratisiert und ist fortan Verfügungsmaterial der Herrenmenschen, die in Buchenwald von einem Pfarrerssohn angeführt werden.

Wiechert sieht alles, vor allem das Schicksal der jüdischen Gefangenen: „Und er sah den Blick ihrer Augen. Nicht nur die Augen eines uralten Volkes, schwer von Wissen und Leid, sondern die Augen von Sterbenden, abgewandt schon von den Dingen dieser Welt, aber nicht getröstet von den Hoffnungen auf eine jenseitige.“

In dieser grauenvollen Situation tritt das Absurde auf. In einem Brief vom 7. August 1938 schreibt Wiechert an seine Frau, der Verlag Langen-Müller möchte „an meine hiesige Anschrift je 5 Stück meiner dort erschienenen Bücher schicken ... Die Bücher sind für die hiesige Lagerbücherei“. Man denkt unwillkürlich an Anita Lasker-Wallfisch, die Auschwitz überlebt hat, weil sie als Cellistin im Lagerorchester spielen konnte.

Am 21. August schreibt Wiechert an seine Frau: „Ich bin gesund, esse so viel wie im Kriege und schlafe wie ein Murmeltier.“ Die Wirklichkeit sieht anders aus, wie er im „Totenwald“ berichtet: „Er verlor in drei Tagen dieser Arbeit (im Steinbruch) so viel an Körpergewicht, dass er nun schon denen gleich, die er am Steinbruch als Schatten gesehen hatte, und dass er vermied, beim Waschen auf seinen Körper zu sehen.“ Wiechert bekommt Ödeme, hat Schmerzen und wird schließlich durch Vermittlung von Kameraden zu den „Strumpfstopfern“ abgeordnet: „Es war also ein Wunder geschehen.“ Schwer erkrankt wird Wiechert Ende August aus dem KZ Buchenwald entlassen und Reichspropagandaminister Goebbels vorgeführt, „der ihm erklären sollte, dass sein Einfluss auf so viele Menschen unerwünscht sei und dass er bei dem geringsten Anlass wieder ins Lager kommen werde, aber dann ‚auf Lebenszeit und mit dem Ziel seiner physischen Vernichtung ...“

Eine besondere Niedertracht des Regimes

war die Wiechert anschließend auferlegte Verpflichtung, im Herbst 1938 an dem Dichtertreffen in Weimar teilzunehmen und sich den dort versammelten 200 Dichtern (!) als willfähiges Opfer der Nazi-Kulturpolitik zu präsentieren. Er musste in die Stadt zurück, von der aus der Blick zum KZ Buchenwald auf dem Ettersberg, dem Ort seiner Qualen, unvermeidbar war.

Es gibt ein Zeugnis des Schriftstellers Manfred Hausmann über seine Begegnung mit Wiechert in der Gaststätte „Zum Schwan“, wo dieser „wie ein Gezeichneter ganz allein an einem kleinen Tisch“ saß. Hausmann setzte sich zu ihm und fragte, da man damals noch wenig über KZ wusste: „Herr Wiechert, wie war es wirklich?“ – „Wiechert senkte die schweren Augenlider und sagte in seinem langsamen, ostpreußisch gefärbten Tonfall: ‚Ich darf darüber nicht sprechen. Sie verstehen. Aber‘ – und jetzt sah er mich voll an – ‚das Eine können Sie immerhin wissen: lebendig bekommen sie mich nicht wieder hinein. Genügt Ihnen das?‘ Es genügte mir.“

Es ist bekannt, dass Wiechert seit dem Folteraufenthalt im KZ Buchenwald bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs immer mit einer Pistole unter seinem Kopfkissen geschlafen hat. Der literarische Repräsentant Wiecherts ist der Freiherr Amadeus in „Missa sine nomine“, dem letzten Werk des Dichters von 1950, seinem Todesjahr.

Klaus Weigelt (KK)

„Unerkennbarkeit, die uns gehört“

Jüdisches Erbe und Schoah in Ostgalizien in der Sicht Jason Franciscos

Die Wanderausstellung des Galizisch-Jüdischen Museums Krakau zeigt bis zum 18. Mai im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus in Kooperation mit der Alten Synagoge Essen 46 eindrucksvolle Fotografien und Texte des Künstlers Jason

Francisco unter dem Titel „Ein unendliches Gedenken: Jüdisches Erbe und die Schoah in Ostgalizien“. Francisco schuf mit einer großformatigen analogen Kamera Werke, die gleichzeitig Tatsachenbericht und Erinnerung an die jüdische Vergangenheit sind.



Synagoge von Zhovkva

Bild: aus der Ausstellung

„Wenn man vom jüdischen Erbe in Galizien spricht, spricht man von beidem, von einem Erbe und einem Geheimnis. Man spricht von einer Vergangenheit, die nicht vergangen ist, einer tausend Jahre alten Zivilisation, deren Erkennbarkeit vor allem ihnen gehört, den Vorfahren, und deren Unerkennbarkeit vor allem uns gehört, den Erben“, sagt der Künstler.

Das „Königreich Galizien und Lodomerien“ erschien 1772 auf der europäischen Karte. Vorher hatte es über 450 Jahre zum Königreich Polen-Litauen gehört. Lemberg war die multiethnische Hauptstadt Galiziens. 13 Prozent der Bevölkerung waren Juden. Sie stellten in bestimmten Städten sogar die Mehrheit. Die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges sowohl während der sowjetischen Besetzung (1939–1941) als auch besonders unter der nationalsozialistischen Besetzung (1941–1944) hatten zur Folge, dass jede jüdische Gemeinde durch die Deutschen und ihre Kollaborateure zerstört wurde. Von den insgesamt 656 000 Juden, die 1939 in Ostgalizien lebten, wurden 85 Prozent während der Schoah ermordet. Während der sowjetischen und in der post-sowjetischen Zeit wurde über die Schoah als historisches Thema geschwiegen. Erst in den letzten Jahren rückt die jüdische Geschichte in ihrer Komplexität aus Jüdischem, Ukrainischem und Polnischem in den Fokus.

(KK)

Fragen mit dem Fotoapparat

Ausstellung des Corinth-Preisträgers Roman Ondak

Mit der Ausstellung „Based on True Events“ erweist sich der slowakische Konzeptkünstler Roman Ondak im Kunstforum Ostdeutsche Galerie Regensburg als des Lovis-Corinth-Preises 2018 würdig. Sie wird am 18. Mai eröffnet und ist bis zum 9. September zu sehen. Roman Ondak, geboren 1966, setzt sich hier mit den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Unwägbarkeiten auseinander.

„Nach wahren Begebenheiten“, verheißt der Titel der Schau, doch in unserer Welt der Fake News, alternativen und Post-Fakten ist dieses Versprechen verstörend gewor-

den. Was ist denn wahr und wer bestimmt, was Wahrheit ist? Und welchen Abstand zur Realität umschreibt das Wort „nach“? Roman Ondaks Konzeptkunst stellte schon immer solch unbequeme Fragen, nun ist sie aktueller denn je.

In den Mittelpunkt der Präsentation in Regensburg stellt Ondak zwei bedeutende Werke der letzten Jahre. Mit „New Observations“ (1995/2018), die er erstmals zeigt, knüpft er an seinen documenta-Beitrag „Observations“ (1995/2011) an. Beides sind Serien von Fotografien, die er einem sechzig Jahre alten Lehrbuch menschlicher



*Je genauer man zu wissen meint, was etwas ist, desto weniger weiß man, was es bedeutet:
Fragment der Rauminstallation „Signature“ von Roman Ondak*

Bild: Kunstforum Ostdeutsche Galerie

Kommunikation entnommen hat. Ihrem ursprünglichen Kontext entzogen, entpuppen sich die Fotos und Bildunterschriften als pseudowissenschaftlich und ungewollt komisch. Die Rauminstallation „Signature“ (2014) zeigt die geschätzte Schreibmaschine aus Ondaks Kindertagen, zerlegt in fünfzig Einzelteile. Der Künstler seziert seine Vergangenheit und fügt sie in neuer Form zusammen. Neben bekannten Arbeiten wie dem Film „Lucky Day“ (2006) zeigt die Ausstellung auch neue Meisterwerke wie „Perfect Society“ (2018) und „Planets I-X“ (2016 bis 2018).

Ausgehend von sehr persönlichen Eindrücken, Objekten wie Erlebnissen erschafft Roman Ondak Arbeiten, die klug und zugleich universell verständlich und zugänglich sind. Für seine humanistischen Idealen verpflichtete, global gültige Kunst erhält er den Lovis-Corinth-Preis 2018.

Der Kunst-Preis, benannt nach dem Maler Lovis Corinth, wurde 1974 von der KünstlerGilde e. V. begründet und ist an das Kunstforum Ostdeutsche Galerie gebunden. Seit 2006 erfolgt die Preisvergabe im Zweijahresrhythmus, seit 2016 ist das KOG der alleinige Auslober. Die Auszeichnung richtet sich an bildende Künstlerinnen und Künstler (Malerei, Grafik, Skulptur, Installation, Fotografie, neue Medien), deren Werk in der Zugehörigkeit zur Gegenwartskunst im östlichen Europa sowie in der Auseinandersetzung mit dieser entstanden ist oder die deutsche Kunst in den historischen deutschen Kulturlandschaften reflektiert. Die Verleihung erfolgt in Würdigung eines international bedeutenden Gesamtwerks, das für die Entwicklung zeitgenössischer Ausdrucksformen einen relevanten Beitrag leistet.

(KK)

Erfassung des Nachlasses von Dietmar Scholz

Der Maler und Schriftsteller Dietmar Scholz ist am 19. Februar 2016 in Reutlingen gestorben. Die Stiftung Kulturwerk Schlesien beginnt nun in einem von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

geförderten Projekt mit der Verzeichnung seines umfangreichen literarischen Nachlasses.

Schriftstellerisch ist Dietmar Scholz mit Prosa und Lyrik hervorgetreten. Sein Werk

wurde u. a. 1978 mit dem Förderpreis zum Andreas-Gryphius-Preis, 1985 mit dem Eichendorff-Literaturpreis und 2014 mit dem Edith-Heine-Lyrikpreis geehrt. Neben existenziellen Themen befasste sich der am 15. Oktober 1933 in Kunitz (Kreis Liegnitz) Geborene in seinen Gedichten mit dem Heimatverlust, der Verarbeitung des daraus entstandenen Schmerzes und dem Versuch seiner Bewältigung, und zwar registrierend, benennend, verarbeitend, vorwurfsfrei und ohne Schuldzuweisungen. Insbesondere diese Gedichte wurden in

drei Publikationen ins Polnische übersetzt. Darüber hinaus hat Dietmar Scholz zahlreiche Erzählungen, Essays, Kinder- und Jugendbücher geschrieben, Aphorismen und Heiteres sowie ein Hörspiel.

Die Erfassung des Nachlasses soll zum Jahresende abgeschlossen sein, das Verzeichnis dann im Internet veröffentlicht werden. Danach wird der von der Stiftung Kulturwerk Schlesien in Würzburg verwahrte Nachlass allgemein zugänglich sein.

(KK)

KK-NOTIZBUCH

Lange vor der Gründung des Staates Israel 1948 wanderten **deutschsprachige Juden** aus Ostpreußen, Schlesien, Böhmen, der Bukowina, aus Polen, Rumänien, der Ukraine oder Russland nach **Palästina** aus. An der östlichen Mittelmeerküste wollten sie sich ein neues Leben aufbauen und eine Utopie verwirklichen. Der in Ungarn geborene Journalist Theodor Herzl stellte 1902 in seinem utopischen Roman „Altneuland“ das idealistische Bild eines künftigen jüdischen Gemeinwesens in Palästina unter ein Motto: „Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen“. Unter diesem Titel erläutert eine Ausstellung vom 3. Mai bis zum 22. November 2018 im **Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg**, Stuttgart, die Gründe der Auswanderung und stellt ihre Motive in den geschichtlichen Kontext. Sie beschreibt ihr Wirken in Kunst, Kultur und Bildung, in Gesellschaft und Politik.

„Im Rausch der Bewegung. Das Werk von **Walter Eberhard Loch**“ wird im **Kraszewski-Museum** in Dresden präsentiert und widmet sich einem Maler des 20. Jahrhunderts, der Schlesien, Berlin, Dresden und den Bodensee als künstlerische Bühne genutzt hat. Loch war Meisterschüler bei Hans Poelzig und betätigte sich als Grafiker, Illustrator, Karikaturist und Zeichenlehrer.

Mehr als 320 000 Internetnutzer aus ganz Europa haben **Breslau** zu Europas bester „Destination“ des Jahres 2018 erkoren. In der Entscheidungsrunde setzte sich die Odermetropole gegen Bilbao in Spanien und Colmar in Frankreich durch. Auf den weiteren Plätzen folgen die kroatische Insel Hvar und die lettische Hauptstadt Riga. Der Wettbewerb wird jährlich von dem Online-Umfrageportal **www.europeanbestdestinations.com** veranstaltet.

(KK)

Dieses Heft wurde gedruckt mit Unterstützung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.



Herausgeber:
Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa – OKR
Cäsariusstraße 91
53639 Königswinter
Telefon (02223) 9066011/-2
E-Mail: georgaescht@arcor.de
Internet: www.kulturportal-west-ost.eu

Redaktion: Georg Aescht (verantwortlich)

Textnachdruck in Zeitungen und Zeitschriften
honorarfrei bei Quellenangabe (KK).
Zwei Belegexemplare erbeten.
Artikelübernahme in Bücher und Broschüren bedarf
der jeweiligen Vereinbarung mit dem Autor.
Bildabgabe leihweise auf Anforderung.
Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH Berlin/Bonn

Herstellung:
Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn
Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
Telefon (030) 7452047, Fax (030) 7453066
E-Mail: prepress@westkreuz.de
Internet: www.westkreuz.de

Bestellschein

Ich möchte Ihre monatlich erscheinende
KULTURPOLITISCHE KORRESPONDENZ
regelmäßig zugeschickt erhalten. Die Jahresgebühr
von 35 Euro begleiche ich nach Erhalt der Rechnung.
Das Abonnement ist zum Jahresende kündbar.

Meine Versandanschrift lautet:

Name

Straße/Nr.

Plz/Ort

Datum/Unterschrift

Ihr Interesse kann Interesse wecken!

Wenn Ihnen die Thematik der
KULTURPOLITISCHEN
KORRESPONDENZ
am Herzen liegt, so geben Sie sie
bitte auch an Bekannte und Freunde
weiter. Die Stiftung Deutsche Kultur
im östlichen Europa – OKR ist dank-
bar für jede Hilfe bei der Erfüllung
ihrer selbstgestellten Aufgabe,
ostdeutsches kulturelles Erbe be-
wusst und europäischen kulturellen
Austausch lebendig zu erhalten.

Aufgrund der angespannten
Finanzlage bitten wir um Spenden:
Konto 175 321 02, BLZ 370 501 98,
Sparkasse KölnBonn
IBAN DE86 3705 0198 0017 5321 02
BIC COLSDE 33

Bestellschein senden an:

**Stiftung Deutsche Kultur
im östlichen Europa – OKR
Cäsariusstraße 91
53639 Königswinter**